

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Nachtragskredit von Fr. 661'000 für die Stadtpolizei Winterthur

Antrag:

Für die Produktgruppe 424 Stadtpolizei wird ein Nachtragskredit von Fr. 661'000.00 im Jahr 2017 bewilligt. Der Globalkredit 2017 erhöht sich damit auf Fr. 27'131'771.

Weisung:

I. Begründung

Basierend auf dem Zürcher Gemeindegesetz §120, dem Kreisschreiben über den Gemeindefinanzhaushalt §25 des Kantons Zürich und dem Stadtratsbeschluss SR.10.1469-5 (Vorgehensweise bei Budgetüberschreitungen) ist im Fall einer relevanten Ausgabenabweichung bei der Kreditbewilligungsinstanz ein Nachtragskredit einzuholen.

Die Stadtpolizei wird das Budget 2017 aufgrund zusätzlicher, ausserordentlicher Kosten nicht einhalten können. Aufgrund mehrerer krankheitsbedingter Ausfälle auf Schlüsselpositionen und der Kündigung von zwei Hauptabteilungsleitern ist die Belastung der verbleibenden Führungskräfte stark erhöht und erfordert zusätzliche Ressourcen um die Personalengpässe zu kompensieren. Bereits 2016 mussten temporäre Lösungen gefunden werden, die zu einer Budgetüberschreitung geführt haben. Diese Situation bleibt auch 2017 noch bestehen, weshalb ein Nachtragskredit für die Ausgabenüberschreitung von Fr. 661'000 notwendig ist.

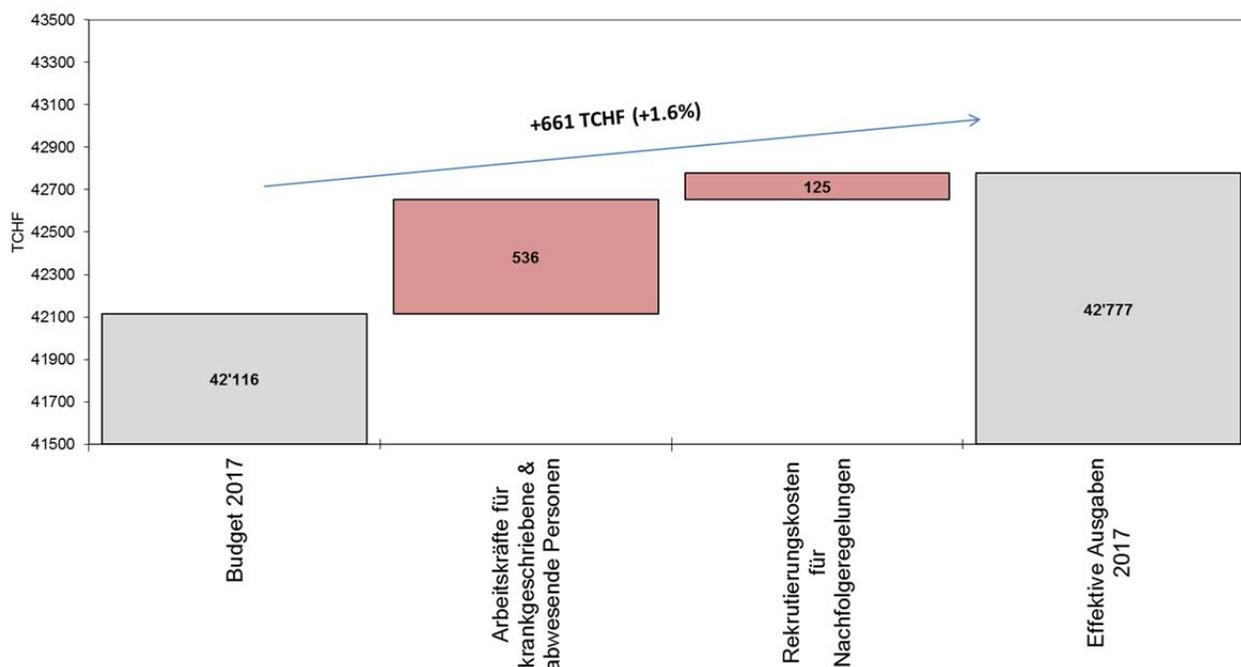
II. Detaillierte Ausführungen

1. Nachtragskredit

1.1 Übersicht der Ursachen

Die dem Nachtragskredit zu Grunde liegende Ausgabenabweichung von Fr. 661'000 lässt sich in folgende wesentliche Effekte aufteilen:

Effektive Ausgaben 2017 ggü. Budget 2017



1.2 Begründung der Ausgabenabweichungen

1.2.1 Ersatz abwesender Mitarbeiter und externe Stellvertretungen

Die Stadtpolizei muss 2017 aufgrund mehrerer Langzeit-Personalausfälle fünf Schlüsselpositionen vorübergehend doppelt besetzen. Konkret leisten krankgeschriebene und abwesende Personen keine Arbeit, beziehen aber Lohn. Die Arbeit muss bis zum Austritt, beziehungsweise bis zur Rückkehr, der betroffenen Person durch zusätzliche Arbeitskräfte erledigt werden, weil sie für die Organisation existentiell ist (z.B. Finanzen). Das heisst, dass während einer gewissen Zeitspanne Personalkosten für dieselbe Stelle zweimal anfallen. Man rechnet durchschnittlich mit einer Doppelbesetzung von sechs Monaten und einem jährlichen Durchschnittsgehalt von Fr. 140'000, was bei fünf Stellen nicht budgetierte Zusatzkosten von insgesamt Fr. 350'000 ergibt. Zusätzlich müssen zur Überbrückung von Engpässen auf zwei Positionen temporär externe Stellvertretungen beigezogen werden, deren Kosten von Fr. 186'000 im Jahr 2017 nicht budgetiert sind. Gesamthaft ergeben sich somit Mehrkosten von Fr. 536'000.

1.2.2 Externe Rekrutierungskosten für Nachfolgeregelungen in diversen Schlüsselpositionen

Die Stadtpolizei Winterthur muss 2017 auf mehrere Langzeit-Personalausfälle in Schlüsselpositionen reagieren. Diese Sonderausfälle sind auf Überbelastungen vor allem in Kaderpositionen zurückzuführen. Adäquate Nachfolgeregelungen sind zentral, um die Situation stabilisieren zu können. Daher wird auf externe Hilfe für die Rekrutierung zurückgegriffen. Für die wiederzubesetzenden Stellen wird mit Kosten von Fr. 125'000 gerechnet, hauptsächlich für externe Beratung und Assessments der neuen Führungskräfte. Aufgrund der hohen Anforderung und grossen Menge an Nachfolgelösungen konnte das „Recruiting“ leider nicht mit den normalen Stadtpolizei/DSU-Personalressourcen bewältigt werden.

1.3 Aufstellung nach Kostenarten

Aus dem Nachtragskredit ergibt sich das folgende angepasste Budget 2017:

TCHF	Budget 2017	Prognose	Abweichung
Aufwand	42'116	42'777	661
Personalkosten	32'321	32'796	475
Sachkosten	4'051	4'237	186
andere Kosten	5'744	5'744	0
Ertrag	-15'646	-15'646	0
Ergebnis	26'470	27'131	661

Die Aufteilung des Nachtragskredits erfolgt auf folgende Kostenarten auf der Kostenstelle 424900 (Personalkosten Stadtpolizei):

Position	Betrag CHF	Kostenart	KA-Bezeichnung
Doppelbesetzungen Lohn	280'000	301000	Löhne
Doppelbesetzungen Sozialkosten	70'000	305200	AG Beiträge PK
externe Stellvertretungen (Zeitarbeit)	186'000	313020	DL Dritter
externe Rekrutierungskosten	125'000	309100	Personalwerbung
Total	661'000		

2. Fazit

Die Stadtpolizei befindet sich gegenwärtig in einer sehr herausfordernden Situation. Die in diesem Antrag beschriebenen Massnahmen sind notwendig um den Betrieb der Stadtpolizei aufrecht zu erhalten. Über allfällige weitergehende Massnahmen zur Stabilisierung der Organisation wird der Stadtrat im Rahmen des regulären Budgetprozesses entscheiden.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Sicherheit & Umwelt übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon